



## Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG

am Dienstag, 18.07.2017, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Jahresabschluss der Stadt Ludwigsburg 2016

Vorl.Nr. 256/17

---

### **Mitteilung:**

Die Stadt Ludwigsburg legt mit dem Jahresabschluss 2016 den dritten Jahresabschluss nach dem Neuen Kommunalen Haushaltsrecht (Kommunale Doppik) vor.

Der endgültige Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses 2016 durch den Gemeinderat erfolgt nach der sich jetzt anschließenden Prüfung der Rechnungslegung durch den Fachbereich Revision.

### **Beratungsverlauf:**

OBM **Spec** begrüßt die Anwesenden zum Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung. Er stellt fest, dass es keine Einwände gegen die Tagesordnung gibt.

Er ruft den Tagesordnungspunkt 1 Jahresabschluss der Stadt Ludwigsburg 2016 auf und bittet Herrn Kiedaisch und Herrn Kistler um Sachvortrag.

Herr **Kiedaisch** und Herr **Kistler** (Fachbereich Finanzen) stellen den Jahresabschlussbericht 2016 der Stadt Ludwigsburg vor. Sie berichten, dass es im Ergebnis und in der Liquidität Verbesserungen gegeben habe. Die Investitionsquote liege bei 170 %, die Stadt baue also Substanz auf. Die Eigenkapitalquote sei auf einem erfreulich hohen Wert. Gleichzeitig wurden die Verbindlichkeiten verringert. Die vier vom Ausschuss festgelegten Indikatoren, die genauer beobachtet würden (Zahlungsmittelüberschuss, Liquidität, Schulden pro Einwohner und Ergebnishaushalt), lägen über dem angestrebten Zielwert. Die „Schwarze Null“ sei das Mindestziel, besser sei natürlich ein positives Ergebnis, um Investitionen zu tätigen. Diese Mission sei erfüllt worden.

Nach Beifall der Ausschussmitglieder eröffnet OBM **Spec** die Aussprache.

Stadtrat **Herrmann** dankt den Vortragenden für die erfreulichen Zahlen und die Entwicklungen. Bei dem starken Plus hätte man sich aus seiner Sicht die Steuereinnahmen sparen können; bei kommenden Haushaltsberatungen solle man dies bedenken. Die Stadt profitiere natürlich von der guten wirtschaftlichen Lage, was sich in der Gewerbesteuer und der Einkommensteuerzuweisung niederschlägt. Zudem habe die Stadt mehr Projekte geplant, als tatsächlich durchgeführt wurden. Daher handle es sich eher um eine Verschiebung als um eine Einsparung, vor allem bei Baumaßnahmen. Die Personalkosten solle man im Blick behalten, hier habe es eine Steigerung

TOP 1

Jahresabschluss der Stadt Ludwigsburg 2016

Vorl.Nr. 256/17

von 6 % gegeben. Im Sinne einer nachhaltigen Politik der Stadt könne man Überlegungen anstrengen, auch Aufgaben abzugeben. Er wolle allerdings keine zusätzliche Belastung der Mitarbeiter. Er führt aus, dass die letzten Jahre gute Jahre gewesen seien, die Entwicklung aber auch wieder in eine andere Richtung gehen könne. Für die Zukunft mahnt Stadtrat Herrmann zu finanziellem Augenmaß.

Stadtrat **Prof. Vierling** spricht von einer übererfüllten Mission. Die Zahlen rufen große Zufriedenheit hervor. Bei den erfreulichen Zahlen, hält er die prognostizierten Steuereinnahmen für die kommenden Jahre sogar noch für zu defensiv. Bei den Personalkosten werde der Plan nicht ausgeschöpft. Er regt an, den Planansatz künftig dahingehend anzupassen. In diesem Zusammenhang verweist er auf den Stellenentwicklungsplan 2017, der noch diskutiert werde. Nachholbedarf sieht er beim Radwegebau, hier wurden ebenfalls Mittel nicht ausgeschöpft. Da sich auch der Finanzhimmel für 2017 für Ludwigsburg aufgehellt habe, müsse sich dies auch in einer optimistischeren Planung niederschlagen. Die Steuererhöhungen in wirtschaftlich guten Zeiten hält er für richtig, dieses antizyklische Vorgehen solle weiterverfolgt werden. Schließlich seien umfangreiche Investitionen mit diesen Mehreinnahmen zu tätigen.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** dankt den Vortragenden und lobt die guten vorgelegten Zahlen. Der Haushalt sei konservativ geplant worden und er spricht sich auch weiterhin dafür aus. Es ließen sich allerdings auch Indikatoren für ein strukturelles Defizit erkennen, so seien aus den liquiden Mitteln lediglich 6 Mio. Euro nicht gebunden und tatsächlich frei. Dies sei deutlich weniger als früher. Investitionsmittel sollten auch ausgegeben werden, hier solle realistisch geplant werden. Was die Personalkosten anbelangt, solle nicht zu viel Zurückhaltung herrschen. In einer prosperierenden Stadt brauche man mehr und gute Mitarbeiter. Da Stellenbesetzungen immer schwieriger werden, brauche man unter Umständen auch mehr Personalmittel. Aufgabenkritik könne trotzdem gemacht werden, nur sei in diesem Bereich bereits in der Vergangenheit viel diskutiert worden und zu keiner Lösung gekommen worden. Er fragt, aus welchem Grund die Ausgaben gestiegen seien, wenn doch Personalkosten und Investitionskosten unterplanmäßig geblieben sind.

Stadtrat **Weiss** schließt sich dem Lob und Dank an. Durch die Doppik sei der Haushalt viel transparenter. Die guten Zahlen seien auch der guten Konjunktur geschuldet. Man erlebe jetzt die fetten Jahre, derer sich hoffentlich keine mageren anschließen. Die Konsolidierung von 40 Mio. Euro in den letzten Jahren hebt er positiv hervor. Er fragt, wie die Netto-Abschreibungen von 12 Mio. Euro zustande kommen und wie der Anstieg der Umsatzsteuerzuweisung zustandekomme. Er sei gespannt auf die Diskussion der Prioritätenliste für das kommende Jahr. Insgesamt sei es ein erfreuliches Ergebnis 2016. Sorgen machen ihm die Personalkosten, deren Steigerung nicht nur durch Tariferhöhungen entstanden sei. Zu den Steuern fügt er an, dass diese zuletzt 2013 und 2017 erhöht worden seien. Hier seien hohe Mehreinnahmen im Bereich der Gewerbesteuer und Grundsteuer zu erwarten. Die Fraktion sei nicht bereit, für nicht logisch erklärbare Sozialleistungen die Steuern zu erhöhen.

Aus Sicht von Stadtrat **Heer** sei im Jahresabschluss nichts zu bemängeln. Durch die Umstellung auf Doppik hätten sich einige Verschiebungen im Vergleich zur Kameralistik ergeben, vor allem im Bereich der Abschreibungen. So wäre das Ergebnis nach kameralistischer Buchhaltung noch besser ausgefallen. Die hohe Liquidität interpretiert er so, dass die Stadt zwar viel wolle, aber nicht könne. So gebe es eine lange Liste mit Maßnahmen, die nicht realisiert werden konnten, aber nicht auf die lange Bank geschoben werden sollten. Dementsprechend appelliert er daran, die Anträge zeitnah zu beantworten und abzuarbeiten. Er erinnere in diesem Zusammenhang an den Antrag zur Landesgartenschau. Die Gewerbesteuer sei aus seiner Erinnerung nie gesenkt worden, in guten Zeiten brauche man die Einnahmen zur Finanzierung der vielfältigen Aufgaben im Bildungs- und Baubereich, in wirtschaftlich schlechten Zeiten haben man ebenso Verpflichtungen, die eingehalten werden müssten.

Stadträtin **Dziubas** schließt sich dem Dank und Lob an. Personalkosten sollten nicht gekürzt, sondern ausgeschöpft werden. Die vielen ausstehenden Projekte sollten jetzt auch angegangen werden.

OBM **Spec** geht auf die aufgeworfenen Fragen ein. So seien die Personalkosten auch aufgrund der Angebotserweiterungen im Bildungsbereich gestiegen. Die quantitative und qualitative Erweiterung habe man mit großem Konsens beschlossen. Hier seien die Auswirkungen der erfreulichen

demographischen Entwicklung mit hohen Geburtenraten in Ludwigsburg zu spüren. Die erhöhte Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Gesellschaft tue ihr Übriges dazu. Dies sei äußerst positiv für die Stadt und trage zu deren Attraktivität für junge Familien bei. Dass dies Geld koste, müsse positiv nach außen vermittelt werden. Insgesamt sei es die Politik der letzten Jahre gewesen, strukturelle Mehrausgaben auch durch strukturelle Einnahmen zu bezahlen und nicht nur durch konjunkturelle. Positive Ergebnisse durch die gute Konjunktur sollten in die Rückzahlung von Verbindlichkeiten fließen, dann handle man generationengerecht. Zur Landesgartenschau erläutert OBM Spec, dass man nach den Sommerferien in den Gremien berichten werde. Das Thema werde zunächst in den Gemeinderat eingebracht und anschließend in die Ausschüsse zur Beratung verwiesen. Es seien beachtliche Ansätze von der Verwaltung erarbeitet worden. Die Untertunnelung der B 27 sei für das Landes-GVFG vorsorglich angemeldet worden. Die Stadt sei die Investitionen im Bildungsbereich prioritär angegangen und werde sich, wenn dort die Maßnahmen abgeschlossen seien, ernsthaft mit den weiteren Themen beschäftigen. Die Doppik sei nun umfangreich umgesetzt und implementiert worden. Er regt im Sinne eines Jahresberichtes eine Aufstellung der im Jahr umgesetzten Projekte an. Klar sei, dass es nie möglich sein wird, alle Pläne auch vollumfänglich umzusetzen. Dies sei nicht einer fehlenden Kapazität geschuldet, sondern vielmehr aktuellen Entwicklungen und unvorhersehbaren Verzögerungen. Hier könne man mithilfe eines Lageberichts, wie er bei Unternehmen üblich ist, aufzeigen, was an konkreten Maßnahmen für verschiedene Projekte bereits unternommen wurde. Für die Beantwortung der weiteren Fragen gibt er das Wort an den Stadtkämmerer.

Herr **Kiedaisch** beantwortet die gestellten Fragen. Die Steuermehreinnahmen würden zwei Jahre später zu höheren Abgaben des Finanzausgleichs führen, zu diesem Zweck habe man bereits jetzt Rückstellungen gebildet. Zur Liquidität führt er aus, dass diese zwar hoch ausfalle, jedoch durch zeitverzögerte Investitionen aufgebraucht werde. Für die Zukunft habe man positiver geplant und damit die gute Entwicklung aufgenommen, z.B. bei den Ansätzen für die Gewerbesteuer. Trotz aller realistischer Planungen mahnt Herr Kiedaisch zur kaufmännischen Vorsicht und zu einer guten Balance zwischen diesen Polen. Zum strukturellen Defizit mahnt er ebenfalls zu gegebener Vorsicht, kämen die jetzigen Mehreinnahmen vor allem durch die gute konjunkturelle Situation und diese sei nicht selbstverständlich immer so gut. Die höheren Gewerbesteuereinnahmen führten dann auch zu höheren Umlagen. Bezogen auf die Umsatzsteuer antwortet er, dass der Bund die Verteiler an die Kommunen erhöht habe, daher kommt der Anstieg zustande.

Herr **Kistler** erläutert die gestiegenen Ausgaben. Diese ergäben sich unter anderem durch höhere Abschreibungen. Diese habe man geringer geplant und werde die Hochrechnungen entsprechend anpassen. Die Nettoabschreibungen, erklärt Herr Kistler, ergeben sich aus der Summe der Abschreibungen, von der die Abschreibungen auf Forderungen abgezogen werden. Von diesen Abschreibungen auf Sachvermögen werden die Auflösungen und Staatszuschüsse abgezogen und so ergeben sich die Nettoabschreibungen von 12 Mio. Euro.

OBM **Spec** stellt abschließend fest, dass das Gremium vom fristgerecht vorgelegten Jahresabschluss Kenntnis genommen habe.

**Beschluss:**

Der Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung (§ 104 Abs. 1 GemO) des jeweiligen Unternehmers wird beauftragt.

**1. Feststellung des Jahresabschlusses**

Der Feststellung des Jahresabschlusses der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH zum 31.12.2016 mit folgenden Werten zuzustimmen:

		2016 in EUR	Vorjahr in EUR
1.1	Bilanzsumme	225.561.880,63	206.665.277,98
1.1.1	Davon entfallen auf der Aktivseite auf		
	- das Anlagevermögen	191.862.172,99	173.025.355,21
	- das Umlaufvermögen	32.923.636,67	30.108.229,15
1.1.2	Davon entfallen auf der Passivseite auf		
	- das Eigenkapital	68.275.841,12	66.208.726,60
	- die empfangenen Ertragszuschüsse	20.983.059,00	18.750.034,00
	- die Rückstellungen	13.986.640,17	10.338.442,40
	- die Verbindlichkeiten	121.718.092,22	110.775.152,09
1.2	Jahresgewinn	2.067.114,52	4.792.482,36
1.2.1	Summe der Erträge	130.991.601,88	127.855.269,52
1.2.2	Summe der Aufwendungen	128.924.487,36	123.062.787,16

**2. Ergebnisverwendung**

Der folgenden Ergebnisverwendung zuzustimmen:

Der auf die Stadt Ludwigsburg entfallende Bilanzgewinn von 1.879.197,54 EUR wird in voller Höhe in die Gewinnrücklage der Telekommunikationsparte der Gesellschafterin Stadt Ludwigsburg eingestellt.

Der Verwendung des auf die Stadt Kornwestheim entfallenden Ergebnisses wird entsprechend dem Wunsch der Stadt Kornwestheim zugestimmt.

**3. Lagebericht**

Den Lagebericht für 2016 zu genehmigen.

**4. Abschlussprüfer für das Jahr 2017**

Der Auswahl des Wirtschaftsprüfers für das Geschäftsjahr 2017 entsprechend dem Beschluss des Aufsichtsrats zuzustimmen.

**5. Entlastung der Geschäftsführung**

Der Geschäftsführung der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH für das Geschäftsjahr 2016 Entlastung zu erteilen.

**6. Entlastung des Aufsichtsrats**

Dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH für das Geschäftsjahr 2016 Entlastung zu erteilen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschlussvorschlag wird getrennt zur Abstimmung gestellt:

Abstimmung der Punkte 1-5 en bloc: Einstimmiger Beschluss mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.

Nicht anwesend: Stadträtin Dziubas

Die Abstimmung des Punktes 6 wird wegen Befangenheit des Vorsitzenden OBM Spec von Stadträtin Kreiser durchgeführt: Einstimmiger Beschluss mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.

Nicht anwesend: Stadträtin Dziubas

Befangen: Oberbürgermeister Spec  
Stadtrat Herrmann  
Stadträtin Liepins  
Stadtrat F. Lutz  
Stadtrat Köhle  
Stadtrat Dr. O'Sullivan  
Stadtrat Weiss

**Beratungsverlauf:**

OBM **Spec** ruft den Tagesordnungspunkt 2 auf und bittet Herrn Kiedaisch (Fachbereich Finanzen) und Herrn Hoffmann (Kaufmännischer Geschäftsführer Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim) um Vorstellung des Jahresabschlusses 2016 der SWLB.

Herr **Kiedaisch** führt aus, dass die Stadtwerke das Jahr 2016 mit einem Gewinn von 2.067.115 Euro abschließen, damit liege man über dem Planansatz. Das Bilanzvolumen hätte sich ebenfalls erhöht. Das Unternehmen verfüge insgesamt über eine gute Finanzausstattung durch eine hohe Eigenkapitalquote und ein gutes Jahresergebnis. Der Gewinnanteil der Stadt Ludwigsburg nach Abzug der versorgungsfremden Sparte Bäder, Parkierung und Kunsteisbahn betrage 1,88 Mio. Euro. Die versorgungsfremde Sparte erwirtschaftete einen Verlust in Höhe von 3,25 Mio. Euro. Der Gesellschafterversammlung werde vorgeschlagen, den Gewinnanteil für die Investitionen im Breitbandausbau einzusetzen. Die Chancen/Risiken-Untersuchung sei im Lagebericht dargelegt. Die SWLB arbeiteten demnach in einem nicht einfachen Geschäftsumfeld sowohl im Wettbewerb des Gas- und Stromgeschäfts und in den sog. regulierten Bereichen Strom und Wasser. Das aufgebaute Risikomanagement habe sich bewährt, um rechtzeitig auf Entwicklungen reagieren zu können. Die Prüfung des Jahresabschlusses durch die INVRA Treuhand habe einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erhalten. Daher empfiehlt Herr Kiedaisch die Zustimmung zur Vorlage und die Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats.

Stadtrat **Herrmann** dankt für die Ausführungen und lobt die transparente Behandlung im öffentlichen Ausschuss. Es sei ein aktives Jahr für die SWLB gewesen. Der Gewinn habe sich im

---

Vergleich zum Vorjahr halbiert. Dass der Gewinn zur Finanzierung der Breitbandsparte abgeführt werde, hält er für sinnvoll. Er fragt, ob dies mit einem Partnerunternehmen in diesem Bereich investiert werde. Das Defizit der Bädersparte habe sich erhöht, auch durch das neue Campusbad. Im Bereich der Bäder würden allerdings auch Investitionen nötig, für die ein hoher Betrag eingeplant werden solle. Erstmals sei bei der Parkierungssparte ein Plus erwirtschaftet worden; es sei hier richtig gewesen, mit Augenmaß die Erhöhung der Parkgebühren vorzunehmen. Zum Solarpark Römerhügel fragt er, ob diese Großinvestition aus finanzieller Sicht für die Stadtwerke darstellbar sei, wenn gleichzeitig andere Investitionen, etwa im Breitbandausbau, getätigt werden. Seine Fraktion stimme der Vorlage zu.

Stadtrat **Prof. Vierling** lobt die Stadtwerke als großes, leistungsfähiges Dienstleistungsunternehmen. Die Rücklage für den weiteren Breitbandausbau bezeichnet er als angemessen und richtig. Der steigende Umsatz sei ein Zeichen für ein prosperierendes Unternehmen. Die Entwicklung des Defizits in der Bädersparte bereite demgegenüber einige Sorgen. Er erinnert an die interkommunale Bäderdebatte mit Kornwestheim und spricht sich dafür aus, diese Thematik in größerem Zusammenhang und überregional zu sehen. Für attraktive Bäder würden von den Besuchern auch mittelweitere Anfahrten in Kauf genommen, daher mahnt er vor Zurückhaltung in der immer weiteren Nachrüstung der Bäder für alle Belange. Interkommunale Zusammenarbeit könne hier auch heißen, dass man akzeptiert, wenn in einer anderen Kommune ein Bad vorhanden ist, das man selbst nicht vorhalte. Mit Deutschlands größter Solarthermieanlage seien die SWLB ökologischer Vorreiter. Stadtrat Prof. Vierling fragt, ob diese Technologie nicht auch für geeignete oder zu ertüchtigende Dächer geeignet sei, auch vor dem Hintergrund einer landschaftssparenden Nutzung dieser Technik. Die Fraktion regt an, den ökologischen Kurs noch intensiver zu verfolgen. Dass die Parkierungssparte Gewinn abwirft, sei noch nie dagewesen. Vor dem Hintergrund, dass im Lagebericht Verhalten von einer Erweiterung geschrieben wird, fragt er, ob Leerstände zu verzeichnen sind und wie die Entwicklung bei den Parkgebühren seitens der SWLB gesehen wird. Auch in der Mobilitätssparte regen die GRÜNEN an, dass sich die SWLB noch mehr einbringen und zur Erfüllung der Umwelt- und Naturschutzziele der Stadt beitragen. Die Fraktion stimme der Vorlage zu.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** gibt an, dass der Jahresabschluss im Aufsichtsrat der SWLB noch beraten wird. Die Parkierung werfe zwar erstmals Gewinn ab, allerdings sei dieser mit 31.000 Euro kein großer Betrag. Hier sei auch weiter die Entwicklung zu beobachten, wie mit der Aussage im Lagebericht umgegangen wird, dass aus Sicht der Stadtwerke der Bedarf für weitere Parkierungsflächen nicht vorhanden sei. Die Bäder seien das Sorgenkind der Stadtwerke, allerdings sei auch abzuwarten, wie sich die hohen Investitionen im Breitbandausbau auswirkten. Ein Scheitern dieser Sparte hätte weit größere Auswirkungen auf die SWLB, als es die Bäder hätten. Diese Diskussionen seien auch im Aufsichtsrat zu führen. Mit den Bädern hält er die Stadt nicht für überversorgt und denkt nicht, dass hier eine Debatte über die Schließung von Bädern geführt werden sollte. Er bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die Investitionen im Breitbandausbau irgendwann zurückfließen.

Stadtrat **Weiss** merkt an, dass die Stadtwerke ein Wirtschaftsunternehmen seien, die sich dem Markt stellen und dort bestehen müssen. Interessant sei deswegen vor allem der Lagebericht, der die Chancen und Risiken aufführt. Bei den Bädern erinnert er daran, dass man sich einig war, die vorhandenen Bäder zu sanieren. Ein Neubau auf der grünen Wiese mit enormem Flächenverbrauch stelle keine ernstzunehmende Alternative dar. Bei den Parkierungen müsse die Entwicklung abgewartet werden, auch im Hinblick auf die Veränderungen der weiteren Mobilitätsplanungen in der Stadt. Insgesamt sollten die Chancen auch genutzt werden. Hier spricht er die Gewinnung neuer Kunden und Geschäftsfelder und den Breitbandausbau an. Er fragt, warum sich im Vergleich zu 2015 der Gewinn um die Hälfte verringert habe.

---

Für Stadtrat **Heer** sei die Konzentration auf die Ludwigsburger bestehenden Bäder richtig, die Sanierung, auch kürzlich die des Heilbads, hält er für gut. Die Investitionen in den Breitbandausbau seien

wichtig für die Zukunft. Die Bevölkerung schätze ein Grundversorgungsunternehmen vor Ort. Er stimme der Vorlage zu und spricht sein Lob für die gute Arbeit der SWLB aus.

Stadtrat **Prof. Vierling** bezieht sich auf den Wortbeitrag von Stadtrat Dr. O'Sullivan, durch den er sich falsch zusammengefasst sieht. Er und seine Fraktion würden kein Bad in Ludwigsburg zur Disposition stellen. Vielmehr solle die überregionale Bäderlandschaft in den Blick genommen werden und keine Käseglockenpolitik betrieben werden.

OBM **Spec** gibt an, dass sich der Aufsichtsrat entschieden habe, die Telekommunikationsinfrastruktur in Ludwigsburg auszubauen. Deutschland hinke beim Breitbandausbau eklatant zurück und es habe sich gezeigt, dass die Deutsche Telekom dieses nationale Projekt nicht allein schaffe. Unternehmensansiedlungen in Kommunen hingen immer mehr vom Glasfaserausbau ab. Sicherlich biete dieses neue Geschäftsfeld der SWLB unternehmerisches Risiko, allerdings auch große Chancen. Die Stadt bediene sich hier der Leistungsfähigkeit der SWLB. Wichtig sei der Ausbau auch für das Wohnumfeld und Privatnutzer. Andere Mobilfunk- und Telekomanbieter könnten das Glasfasernetz der SWLB nutzen. Der Ausbau des Netzes werde alleine ohne Partner durchgeführt. Laut Aussagen von Experten werde das bestehende Netz für die wachsenden Anforderungen nicht mehr ausreichen, hier Sorge die Stadt Ludwigsburg vor. Aus Sicht von OBM Spec würden andere Kommunen in Zukunft Probleme bekommen. Die SWLB unterstützen die Stadt bei Digitalisierungsprojekten und bei der nachhaltigen Mobilität. Hier seien die Elektroladestellen für E-Autos im gesamten Stadtgebiet zu nennen. Die Abrechnung von Energiedienstleistungen werde zukünftig digital abgewickelt. Mit der Wohnungsbau würden Projekte unter dem Stichwort „Smart Home“ erarbeitet. Als kommunales Unternehmen sei man stolz, Ansprechpartner vor Ort zu haben und die Arbeit durch öffentlich bestellte Gremien zu unterstützen. Darauf schaue man aus anderen Kommunen durchaus mit neidischen Blicken.

Herr **Hoffmann** geht sodann auf die Fragen aus dem Gremium ein. Die Halbierung des Ergebnisses kommt durch Verluste des Stromgeschäfts zustande, in dem nach der Übernahme des Netzes von der EnBW 2014 Investitionen in die Netzstabilität nötig gewesen sind. Ab 2019 erwarte man wieder positive Ergebnisse in der Stromsparte. Verluste seien auch in der Fernwärmesparte zu verzeichnen gewesen, hier habe es sich auch um Investitionen in die Zukunft gehandelt. Für den Breitbandausbau betraue die SWLB externe Dienstleister bei der Rechnungstellung und Abrechnung. Der Betrieb des Solarthermieparks sei wirtschaftlich, dieses Projekt sei auch durch Fördermittel unterstützt worden. Zum positiven Ergebnis der Parkierung habe neben der moderaten Anhebung der Parkgebühren auch dazu beigetragen, dass es keine Abschreibungen durch Neubauten gab. Ein signifikanter Leerstand sei bei den bewirtschafteten Parkierungen nicht vorhanden. Es gebe durchaus Verbesserungsansätze, z.B. durch gezielte Aktionen, Autos in die Parkhäuser zu „locken“. An der Entwicklung der Parkgebühren solle man dranbleiben, weiterhin solle allerdings als Maxime gelten, billiger als Stuttgart zu bleiben.

OBM **Spec** ergänzt in Bezug auf die Fernwärme-Investitionen, dass dies einen großen Vorteil für Grundstückseigentümer bringe. Man eröffne den Eigentümern mittels KfW-Fördermittel eine Umrüstung auf Fernwärme. Die positiven Auswirkungen der Fernwärme ermöglichten Energieeinsparungen, die sonst nur durch Fassadendämmungen zu erreichen wären. Für das wichtige baukulturelle Erbe der Stadt sei dies enorm wichtig, um die erhaltenswerten Fassaden als solche zu behalten. Es sei klare Strategie der Stadt, dass deshalb Fernwärmeleitungen nicht nur in Neubaugebieten verlegt würden, sondern auch im bestehenden Stadtgebiet, wo immer es geht.

TOP 2

Jahresabschluss 2016 SWLB

Vorl.Nr. 287/17

---

Unter Beifall dankt OBM Spec den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der SWLB für die hervorragende Arbeit und sagt, dass die Stadt stolz und dankbar auf die SWLB sei.

Sodann stellt OBM **Spec** die Vorlage zur Abstimmung. Aufgrund von Befangenheit durch die Doppelfunktion einiger Mitglieder des Ausschusses als Mitglieder des Aufsichtsrates stellt er die Beschlussvorlage getrennt zur Abstimmung. Er lässt en bloc über die Punkte 1 bis 5 abstimmen. Für Punkt 6 (Entlastung des Aufsichtsrats) bittet er Stadträtin **Kreiser** um Durchführung der Abstimmung.

Die befangenen Mitglieder rücken vom Sitzungstisch ab und nehmen nicht an der Abstimmung zu Punkt 6 teil.



---

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Bericht der Jugendmusikschule e.V. 2016 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der im Haushalt 2016 kalkulierte bzw. angesetzte Zuschuss für das Haushaltsjahr 2017 in Höhe von EUR 802.953,83 (institutioneller Zuschuss i.H.v. 556.153,83 EUR, Begabtenförderung i.H.v. 20.000 EUR, Mietzuschuss i.H.v. 226.800 EUR) wird zur Auszahlung freigegeben.
3. Die auf drei Jahre befristete Dynamisierung des institutionellen Zuschusses entsprechend Vorlage 356/14 wird ab dem Haushaltsjahr 2018 unbefristet gewährt. Die Berechnung des Zuschusses richtet sich weiterhin nach den in Vorlage 356/ 14 beschlossenen Grundlagen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Empfehlungsbeschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Dziubas

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

**Beratungsverlauf:**

OBM **Spec** ruft den Tagesordnungspunkt 3 auf und begrüßt Frau Schützer (Geschäftsführende Schulleiterin Jugendmusikschule) und Frau Stegmann (1. Vorsitzende Förderverein Jugendmusikschule).

Frau **Stegmann** stellt den Jahresbericht 2016 der Jugendmusikschule Ludwigsburg (JMS) vor. Sie dankt den Gremiumsmitgliedern und OBM Spec für die Unterstützung der JMS im vergangenen Jahr. Die JMS habe ein erfolgreiches Jahr hinter sich. 3100 Schüler hätten in Einzelunterricht, Gruppenunterricht und Kooperationsprojekten an der JMS gelernt. Der Anteil der Kinder in Kooperationsprojekten sei sehr hoch. Die Fokussierung auf zwei Bereiche sei sehr erfolgreich. Neben der Breitenförderung finde auch immer wieder Spitzenförderung statt. Hier seien bei Wettbewerben hervorragende Ergebnisse erzielt worden. Die wirtschaftliche Konsolidierung sei in den letzten Jahren positiver ausgefallen als geplant. Sponsorenverträge seien erweitert worden und die Dynamisierung des Zuschusses habe sehr viel für die JMS gebracht. Sie ist der Meinung, dass Wachstum nun nicht bestraft werden dürfe. Sehr erfreulich sei die Übertragung einer Erbschaft auf die JMS, die zweckgebunden in einen Begabtenfonds überführt werde. In der JMS habe ein Generationenwechsel stattgefunden und finde noch statt: Der Leitungswechsel auf Frau Schützer sei erfolgt, Herr Peschke gehe nächste Woche in Ruhestand. Die Leitung werde erweitert aus dem Kollegium. Frau Stegmann selbst werde nach sieben Jahre als 1. Vorsitzende aus beruflichen Gründen den Vorsitz abgeben. Die JMS sei aus ihrer Sicht gut für die Zukunft aufgestellt.

Das Gremium spendet der Vortragenden Applaus.

---

OBM **Spec** dankt im Namen der Stadt und persönlich für die tolle Arbeit, die in der JMS und von den Personen geleistet werde.

Stadträtin **Kreiser**, Stadtrat **Prof. Vierling**, Stadträtin **Deetz**, Stadtrat **Weiss** und Stadtrat **Heer** bedanken sich einmütig und sprechen ihr Lob aus für die Leistung der JMS in finanzieller und inhaltlicher Hinsicht. Insbesondere loben sie die Ausweitung der Kooperationsprojekte. Der Vorlage würden alle Fraktionen zustimmen.

Stadträtin **Kreiser** lobt die Zweigleisigkeit aus Breitenförderung und gleichzeitiger Begabtenförderung wie im Sport. Sie stimme für die Entfristung der Dynamisierung des Zuschusses.

Die Erweiterung der JMS um eine Gesangssparte begrüßt Stadtrat **Prof. Vierling**. Er spricht sich dafür aus, die Honorarkräfte in Regelbeschäftigungsverhältnisse zu überführen. Diese Entwicklung solle von der Stadt weiter unterstützt werden.

Für Stadträtin **Deetz** sei die Verbindung mit bildender Kunst im Rahmen der Kulturimpulse erfreulich. Die Dynamisierung werde von der Fraktion anerkannt, sie stellt die Frage, warum eine Entfristung notwendig sei.

Eine entfristete Dynamisierung bedeute keinen Freibrief, wirft OBM **Spec** ein. Die strukturelle Weiterentwicklung werde immer wieder in den Gremien vorgestellt. Vordergründig gehe es darum, die tariflichen Steigerungen durch die Dynamisierung abzudecken.

Auf die Frage von Stadträtin **Liepins**, ob sich die Dynamisierung nur auf die Tarifsteigerungen beziehe, antwortet Frau **Schützer**, dass die dynamische Förderung der Personalkosten auf den Stellenplan gedeckelt worden sei. Verbesserungen durch höhere Einnahmen würden an bedürftige Familien durch entsprechende Ermäßigungen weitergegeben. Es gehe für die JMS insgesamt um eine stabile Weiterentwicklung der gegenwärtigen positiven Situation.

Normalerweise sei er bei unbefristeten Dynamisierungen verhalten, gibt Stadtrat **Herrmann** ein. Wenn es aber darum gehe, in diesem Fall die Tarifsteigerungen auszugleichen, und damit an vergleichbare städtische Einrichtungen anzupassen, stimme er ausnahmsweise zu.

Im Anschluss stellt OBM **Spec** die Vorlage zur Abstimmung. Sodann schließt er die öffentliche Ausschusssitzung.